



Salzburger Nachrichten Donnerstag, 8. November 2001

# „Meisterstück“ mit Tücken

Sozialexperte Marin lobt Abfertigungsmodell und entdeckt kleine Tricks

WIEN (SN-wie). Als gelungenen Kompromiss, der insgesamt betrachtet „in Richtung Meisterstück“ gehe, bezeichnet der Leiter des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, Bernd Marin, den Vorschlag der Sozialpartner zur Reform der Abfertigung. Im Gespräch mit den SN sagt Marin, dass es gelungen sei, die Vorschläge der Arbeitnehmerseite umzusetzen. Gleichzeitig wurde erreicht, dass es für die Wirtschaft nicht mehr koste, weil die Kosten mittel- bis langfristig sinken.

Die laut gewordene Kritik, wonach es aufgrund des Beitragssatzes von 1,53 Prozent künftig sehr viel länger (37 statt bisher 25 Jahre) dauere, bis man den derzeitigen Höchstanspruch auf Abfertigung (ein Jahresentgelt) erreiche, teilt Marin nur eingeschränkt. Dabei werde übersehen, dass im Gegenzug künftig alle Arbeitnehmer einen Anspruch auf Abfertigung erhalten. Nur mit dem niedrigen Beitragssatz sei es gelungen, einen

Anachronismus abzuschaffen. Zudem würden die Sozialpartner das in den Lohnverhandlungen berücksichtigen. Langfristig habe damit der Arbeitnehmer ein Prozent mehr in der Lohntüte, über die er frei verfügen könne, glaubt Marin. (Anm.: Ursprünglich waren die Berechnungen von einem Beitragssatz von 2,5 Prozent ausgegangen.)

Marin weist allerdings darauf hin, dass man sich einige „sehr gute Tricks“ einfallen habe lassen, etwa bei den Verwaltungskosten. Die Sozialpartner schlagen bekanntlich vor, dass die Einhebung der Beiträge über die Krankenkassen erfolgen soll. Er könne sich nicht vorstellen, dass die Krankenkassen bereit sein werden, die Beiträge kostenlos für die privaten Abfertigungskassen einzutreiben, die dann das Geschäft mit der Veranlagung machen. Sollte man sie gesetzlich dazu zwingen, sei das wohl nicht ohne Refundierung möglich. Dann habe man aber nur eine künstliche Senkung der Verwal-

tungskosten erreicht und sie auf die Allgemeinheit überwälzt. Laut Marin geht es dabei um Beträge in zwei- bis dreistelliger Millionenhöhe, er verweist auf ausländische Beispiele. In Deutschland habe man für das System der Altersvorsorge einen Verwaltungskostensatz von zehn Prozent angenommen.

Eine große Schwäche sieht Marin dennoch und die trifft eine zentrale Annahme des Modells: die Verzinsung. Die Annahme einer jährlichen Rendite von sechs Prozent sei „einfach unrealistisch“. Hier hätten sich Sozialpartner um des Friedens willen selbst beschwindelt, kein Ökonom von Ruf treffe derartige Aussagen. Die Folgen seien absehbar: Es werde vermutlich noch länger dauern als die zitierten 37 Jahre, bis der Höchstanspruch erreicht wird. Für Marin das geringere Übel, er fürchtet vielmehr, dass dann der Druck wachsen werde, die Beitragssätze zu erhöhen. Entsprechende Vorstöße, etwa vom ÖAAB, hat es ja bereits gegeben.